



## Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm, Christian Klingen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

### **Echten Umweltschutz und regionale Wirtschaftsstrukturen fördern - einer geistlosen Klimasymbolpolitik in Coronazeiten keinen Raum geben!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den ersten Entwurf des Bayerischen Klimagesetzes zurückzunehmen und stattdessen dafür einzutreten, dass

1. im Rahmen des sogenannten Klimaschutzes keine Maßnahmen getroffen werden, die in ihren „Kosten nicht bezifferbar sind“,
2. die Minderungsziele zur CO<sub>2</sub>-Einsparung so angepasst werden, dass die wirtschaftlichen Grundfunktionen, die zur Wohlstandssicherung nötig sind, zu jeder Zeit erhalten bleiben,
3. im Schulunterricht anstatt abstrakter Klimaschutztheorien konkrete Maßnahmen zur Energieeinsparung und zum Umweltschutz unterrichtet werden, die einen gesellschaftlichen Mehrwert generieren,
4. Kompensationsmaßnahmen für „Treibhausgasemissionen“ durch effiziente Regionalisierungsstrategien ersetzt werden, die echten Umweltschutz fördern,
5. unnötige und verwaltungsaufwändige Klimasymbolinstitutionen, die hohe Kosten verursachen, ohne einen Mehrwert für Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft zu generieren, vermieden werden. Dazu zählen die Erstellung von Klimaberichten, das Unterhalten eines Klimarates und die Ausrufung von Klimaschutzpreisen.

Ferner wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, im Sinne eines zweckmäßigen Umweltschutzes folgende Maßnahmen in das Gesetz aufzunehmen:

1. Förderung agrartechnischer Anpassungen und Weiterentwicklungen, um die landwirtschaftliche Produktion resistenter gegen Wetterextreme zu machen
2. Etablierung regionaler Wirtschaftsstrukturen und regionaler Wirtschaftskreisläufe zur Vermeidung langer Transportwege und Pendlerströme
3. Wiederaufnahme und Stärkung der Forschung in den Bereichen der Kernkraft- und Fusionsreaktortechnik, auch in Bezug auf Technologien zur Atommüllverwertung
4. Ausbau und Erhaltung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur sowie des Schienenverkehrs zur Reduzierung ineffizienter und personalintensiver Logistikketten auf bayerischen Straßen
5. Förderung von Wirtschaftsansiedlungen im Freistaat, um emissionsintensive, interkontinentale Warenströme zu reduzieren und um sicherzustellen, dass Waren dort produziert werden, wo weltweit mit die höchsten Umweltstandards erreicht werden

**Begründung:**

Das bayerische Klimaschutzgesetz ist in seiner Umweltwirkung ineffizient und angesichts der herrschenden Corona-Krise in seinen erheblichen, aber nicht bezifferten Kosten gesellschaftspolitisch nicht zu verantworten. Die geforderten CO<sub>2</sub>-Einsparungsziele belasten nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns, sondern gefährden auch den Wohlstand seiner Bürger in erheblichem Maße.

Der verwaltungstechnische Aufwand in Form von staatlich beförderten Klimaschulungen, die Wahrnehmung von Klimavorbildfunktionen durch Behörden, wissenschaftlichen Erhebungen, Ausschreibungen von Preisen und die Aufrechterhaltung klimapolitischer Institutionen, steht in keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen. Auch der Gedanke an die Herstellung eines sogenannten wirtschaftlich klimaneutralen Zustandes bis zum Jahr 2050 ist nicht nur illusorisch, sondern auch in seiner gesellschaftlichen Wirkung ein verheerendes Fehlsignal. Denn sogenannte Klimaneutralität ist ohne Kompensationsmaßnahmen, die nichts weiter bewirken als eine Quellverschiebung von Emissionen oder aber langfristig betrachtet CO<sub>2</sub>-unwirksame Ersatzmaßnahmen, nicht umsetzbar. Deshalb muss ein Umweltschutz betrieben werden, der darauf abzielt, globale Emissionen zu verringern.

Durch den umwelttechnischen Effizienzvorteil heimischer Wirtschaftszweige ist es global betrachtet daher am besten, wenn möglichst viel in Bayern produziert wird, wo weltweit die höchsten Umweltstandards gelten. Dieser Effizienzvorteil muss durch weitere Forschungsvorhaben im Landwirtschafts- und Energiesektor begleitet werden, um modernes, ressourcensparendes Wirtschaften zu etablieren, das Arbeitsplätze sichert und die Umwelt schont. Durch regionale Wirtschaftsstrategien und verkürzte Transportwege bleibt der Wohlstand in der Heimat gesichert und können Umweltschäden durch die Verkürzung interkontinentaler Transportrouten vermieden werden. Der Freistaat ist seinen Bürgern und der heimischen Umwelt gegenüber verpflichtet, beides zu erhalten, die Lebensgrundlagen seiner Bevölkerung und die Schönheit seiner Landschaft. Deshalb ist es nötig, begrenzte Ressourcen dort einzubringen, wo sie den größten Nutzen entfalten und das sind Investitionen in die ressourcenschonende regionale Wirtschaft, emissionsparende Infrastruktur und in die Forschung energetischer Zukunftstechnologien.